

THUNS SITZUNG DES STADTRATS

Krematorium: Jetzt entscheidet das Volk

Thun braucht ein neues Krematorium, weil das alte die Anforderungen der Luftreinhalteverordnung nicht mehr erfüllt. Der Stadtrat sagte gestern Ja zum 15,66-Millionen-Kredit – gegen den Willen der Grünen, denen das vorliegende Projekt zu teuer war. Das letzte Wort haben am 26. November die Stimmberechtigten.

15,66 Millionen Franken für ein neues Krematorium im Gebiet Schoren: An der gestrigen Stadtratssitzung war man sich einig, dass das viel Geld ist. Selbst der zuständige Gemeinderat, Bauvorsteher Konrad Hädener (CVP), sprach von einem «teuren Geschäft». Fast über alle Parteigrenzen hinweg herrschte aber auch Übereinstimmung, dass es sich um ein – Zitat Michael Dähler von der SVP/FDP-Fraktion – «gelungenes Geschäft» handle. «Es ist ein gutes Beispiel dafür, dass die öffentliche Hand bei Neubauten auf Qualität achtet», sagte etwa Franz Schori (SP). Alois Studerus sprach für die Fraktion der Mitte von einem Rahmen, in dem ein würdevolles Abschiednehmen möglich sein werde. Simon Werren (BDP) hob hervor, dass die Betriebsabläufe wesentlich verbessert werden könnten.



So wie auf dieser Visualisierung soll das neue Krematorium in Thun-Schoren dereinst aussehen.

Widerstand der Grünen

Die Grünen mochten in diesen Kanon nicht einstimmen. Sie hatten einst schon beim Projektierkredit für einen Kostendeckel von 14,5 Millionen votiert – vergebens. Auch jetzt kritisierte Stadtrat Thomas Hiltpold die Kosten. Die architektonische Qualität sei hoch – aber am falschen Ort: «Dieses Projekt in dieser Grösse zu diesem Preis passt nicht in unser Gebäudeportfolio.» In der Abstimmung unterlagen die Grünen jedoch mit 4 zu 30 Stimmen bei einer Enthaltung.

Für den Neubau des Krematoriums ist eine Zonenplanänderung nötig. Diese wurde vom Parlament ebenfalls genehmigt – mit 31 zu 4 Stimmen. Für skeptische Voten sorgte hier die Maximalhöhe von 16 Metern eines möglichen

zusätzlichen Gebäudes, was viele als zu hoch empfanden. Hädener beruhigte: «Es gibt keine Bestrebungen für einen Bau von 16 Metern Höhe – es ist eine reine Reservemassnahme.» Bestandteil des Wettbewerbsprojekts sei die Option für ein nicht konkret geplantes Werkhofgebäude. Dieses sei aber nur zweistöckig.

Baubeginn Ende 2018?

Mit seinem Ja zum Ausführungskredit beantragt der Stadtrat die Zustimmung der Stimmberechtigten in der Gemeindeabstimmung vom 26. November. Das Parlament hat zudem die Abstimmungsbotschaft genehmigt – mit einer von der SVP/FDP-Fraktion vorgeschlagenen Ergänzung im

Sinne der Transparenz: Nach dem Umzug des Bereichs Friedhof- und Bestattungswesen vom Stadtfriedhof in den Neubau müssen für die Bewirtschaftung der beim Stadtfriedhof bleibenden Anlagenteile – Abdankungshalle, Aufbewahrungszimmer – voraussichtlich zusätzlich 100 Stellenprozent geschaffen werden.

Der Ball liegt jetzt also beim Volk. Genehmigen auch die stimmberechtigten Thunerinnen und Thuner den Kredit, soll im Januar 2018 das Baugesuch eingereicht und im November 2018 mit dem Bau begonnen werden. Die Inbetriebnahme des neuen Krematoriums ist im August 2020 vorgesehen.

Michael Gurtner

DIE VORGESCHICHTE UND DIE FAKTEN

Die Ausgangslage ist seit längerer Zeit klar: **Das bestehende, 42-jährige Krematorium im Thuner Stadtfriedhof erfüllt die Anforderungen der Luftreinhalteverordnung nicht mehr.** Ursprünglich verfügte das Beco Berner Wirtschaft, dass eine Sanierungslösung bis 2012 umgesetzt werden müsse. Nach intensiven Verhandlungen zwischen Stadt und Kanton wurde die Frist für eine neue Lösung bis Ende 2020 erstreckt. Würde sich bis dann keine Lösung finden, müsste das alte Krematorium abgeschaltet werden; die Kremationen würden in Bern

durchgeführt. 2013 entschied sich der Gemeinderat für einen **Neubau am Rand des Siedlungsgebiets im Schoren**, da eine Sanierung aus baurechtlichen, denkmalpflegerischen und gestalterischen Gründen kaum realisierbar gewesen wäre. Im Sommer 2016 genehmigte der Stadtrat den Projektierkredit für das neue Krematorium von 1,26 Millionen Franken.

Aus dem Wettbewerb ging das Projekt Obon als Sieger hervor. Es sieht einen **einfach gestalteten, eingeschossigen Pavillon** vor, dessen Fassade auf drei Seiten von Säulen geprägt ist (siehe

Bild). Die Kapazität der Anlage nimmt bei gleich bleibendem Personalbestand gegenüber dem bisherigen Krematorium zu, und die Anlage kann effizienter unterhalten werden, wie den Stadtratsunterlagen zu entnehmen ist. **Die Umweltbelastung wird reduziert.** Die frei werdenden Räume im alten Krematorium werden durch Stadtgrün beziehungsweise den Friedhofsbetrieb genutzt.

Jährlich gibt es in Thun rund 2000 Kremationen. Etwa ein Viertel stammt aus der Stadt Thun, die übrigen aus dem gesamten Berner Oberland. mik

Stadtrat weist Projekt für neue Veloabstellanlage zurück

An der Mönchstrasse wird vorläufig keine neue Veloabstellanlage gebaut: Der Stadtrat hat gestern das Projekt mit minimaler Mehrheit zurückgewiesen.

Die Veloabstellanlage an der Mönchstrasse hinter dem Thuner Bahnhof bietet 205 Plätze – belegt werden diese regelmässig von mehr als doppelt so vielen Drahteseln. Deshalb wollte der Gemeinderat für 400 000 Franken eine neue doppelstöckige Anlage mit 350 Plätzen bauen, was zudem eine Anpassung und eine Sanierung der angrenzenden Strasse für 290 000 Franken bedingt hätte. Diesen Betrag hätte der Gemeinderat in eigener Kompetenz bewilligen können.

Wie viel zahlen SBB?

Die Wortwahl mit «wollte» und «hätte» macht es deutlich: Das Geschäft kam im Parlament nicht durch. Die SVP/FDP-Fraktion stellte einen Rückweisungsantrag. SVP-Stadtrat Philipp Deriaz sah zwar Handlungsbedarf – sprach aber von einer «Luxuslösung» und störte sich daran, dass mit den SBB erst nach dem Stadtratsentscheid über eine Kostenbeteiligung verhandelt wird: «Damit sind über 50 Prozent der Finanzierung nicht geregelt.» Denn laut Stadtratsunterlagen ist eine SBB-Beteiligung bis zur

Grössenordnung von 50 Prozent möglich. Bauvorsteher Konrad Hädener (CVP) erklärte: «Die SBB können sich jetzt noch gar nicht verpflichten, weil die Ausgabe zulasten des Budgets 2019 ginge.» Der Gemeinderat sei der Meinung, dass das Risiko durch die fehlende schriftliche Zusage der SBB in Kauf genommen werden sollte.

Gestern Mittag 480 Velos

Zwar gab es im Parlament keine weiteren Voten für eine Rückweisung. Für Adrian Christen von der SP und Roman Guggler von den Grünen war klar, dass es sofort Massnahmen braucht – sie machten weiter darauf aufmerksam, dass auch mit der neuen Anlage weiterhin zu wenig Plätze

zur Verfügung stünden. SP-Stadtrat Adrian Christen hatte gestern um 12 Uhr 480 Velos im Bereich der geplanten neuen Anlage gezählt. «Mit dem vorliegenden Projekt ist eine Optimierung möglich», sagte Simon Werren von der BDP. Alois Studerus von der Fraktion der Mitte erklärte, dass Doppelstockanlagen vielerorts in Betrieb seien und sich bewähren würden.

Schliesslich wurde der Rückweisungsantrag der SVP/FDP-Fraktion allerdings mit 17 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Schon zuvor hatte Gemeinderat Konrad Hädener erklärt, dass das Projekt bei einer Rückweisung um ein bis zwei Jahre zurückgestellt werden müsse. mik



Überbelegt: Die heutige Veloabstellanlage an der Mönchstrasse. Michael Gurtner

Der Rat lehnt alle vier Punkte im Postulat der Grünen ab

Viermal 11 Ja gegen 21 Nein: Der Stadtrat lehnte alle vier Punkte im Postulat der Grünen ab, die eine bessere Verkehrs- und Parkersituation an der Mönchstrasse verlangten.

Stadträtin Andrea de Meuron eröffnete kurz vor 21 Uhr die Debatte um das Postulat der Fraktion der Grünen «betreffend Verkehrschaos um den Bahnhof reduzieren und neues Parking füllen» mit lauter Stimme und wendete sich im scharfen Ton an den Gemeinderat. Die Stadt sei immerhin Hauptaktionärin der Parkhaus Thun AG und Stadtpräsident Raphael Lanz sei deren Verwaltungsratspräsident, da könne man doch etwas mehr Druck machen.

Das Postulat enthält vier Punkte: Im ersten fordern die Grünen eine intensivere Kommunikation und Marketingaktionen an der Bahnhofseite bei Stausituationen. Zweitens sollen die Parkplätze der Dienstleistungsbetriebe im Altavista-Gebäude – etwa für mehr Veloabstellplätze – genutzt werden. Drittens sollen die Lage und die Signalisation der Gratsparkplätze für E-Fahrzeuge geprüft werden. Viertens soll die Lage von temporären Bushaltestellen geprüft werden (vgl. auch Ausgabe vom Mittwoch). «Ich will Punkt für Punkt durchgehen und alle einzeln abstim-

men lassen», gab sie gleich zu Beginn ihren Tarif durch und setzte bei Punkt eins an.

«Es herrscht jeden Tag ein relatives Chaos an der Mönchstrasse, und die Zahl der durchschnittlich zehn benutzten Parkplätze pro Tag im Parkhaus ist noch optimierbar», fand de Meuron. «Man könnte den Autofahrern, die im Bereich des Bahnhofs im Sta stehen, Flyer verteilen und sie auf das Parkhaus an der Mönchstrasse hinweisen», schlug sie etwa vor. Und zu Punkt zwei ärgerte sie sich: «Ich weiss nicht, ob es für Privatbesitzer angenehm ist, wenn Autofahrer ständig die Gratsparkplätze vor ihrem Haus benutzen.» Die Punkte drei und vier hingegen seien soweit erledigt.

Stadtrat soll erneut verhandeln

Der Rat teilte jedoch de Meurons Meinung nicht in allen Belangen. «Auch wenn das Postulat überwiegen würde, heisst es nicht, dass es sofort besser wird», fand etwa Stadträtin Daniela Weber für die Fraktion FDP/SVP. Und: «Der zweite Punkt ist ohnehin hinfällig, da es sich dabei um Privatparkplätze handelt und die Stadt nicht zuständig ist.» Katharina Ali-Oesch unterstützte dagegen de Meurons Meinung im Namen der SP-Fraktion in Bezug auf die Auslastung des Parkings Süd. «Dass wir heute mehrere Vorstösse zum Thema Verkehr

behandeln, zeigt jedenfalls den Handlungsbedarf auf.» Die SP finde, dass kleinere Begleitmassnahmen noch zu sehr vernachlässigt würden. Und: «Wir finden, dass die Stadt nochmals mit den Privatigentümern verhandeln sollte, damit sie ihre Parkplätze beispielsweise für Veloabstellplätze nutzen.»

Der zuständige Gemeinderat Konrad Hädener nahm die Voten auf und erteilte Raphael Lanz als Verwaltungsratspräsident der Parkhaus Thun AG das Wort. «Sie können das Postulat getrost ablehnen: Die vorgeschlagenen Massnahmen sind praktisch alle gemacht», sagte er und nannte die Beispiele Ausschilderung, Parkleitsystem, Plakate, das Verteilen von Schokolade und Jetons, um auf das Parkhaus hinzuweisen. «Die AG hat bereits über 30 000 Franken für Werbemassnahmen investiert», betonte er und hielt ein A3-Blatt mit einer Statistik hoch, welche zeigte, dass die Benutzungskurve des Parkhauses schon den Monat ansteigt. Hädener schloss die Debatte, indem er darauf hinwies, dass sich die Eigentümer nichts über ihre Parkplätze vorschreiben lassen wollen.

Die Abstimmung fiel deutlich aus: Der Rat überwarf das Postulat der Grünen nicht, sondern lehnte jeden einzelnen Punkt mit jeweils 21 zu 11 Stimmen ab.

Franziska Streum